

Parlamentswahl in Südafrika

ANC SIEGT DEUTLICH, ABER MIT STIMMVERLUSTEN

Bei den Parlamentswahlen vom 7. Mai 2014 hat der regierende ANC seine dominante Stellung verteidigen können, musste aber Stimmenverluste hinnehmen und konnte das vom Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Jacob Zuma ausgerufene Ziel einer Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreichen. Die Südafrikaner haben durch eine hohe Wahlbeteiligung erneut gezeigt, wie wichtig ihnen die 20 Jahre junge Demokratie ist.

29 Parteien bewarben sich um Sitze im Nationalen Parlament, 14 davon erstmals. Davon errangen 13 wenigstens einen Sitz. Der in der Koalition mit dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) regierende ANC holte mit 62% der Stimmen fast vier Prozentpunkte weniger als bei den Parlamentswahlen des Jahres 2009 und wird mit 249 Sitzen (2009: 264) in das 400 Sitze umfassende Nationalparlament einziehen. COSATU und SACP kandidierten auf den Listen des ANC und unterstützten diesen im Wahlkampf. Das Parlament wird am 21. Mai 2014 zur ersten Sitzung zusammentreffen und am selben Tag den neuen Staatspräsidenten wählen. Der Wiederwahl Jacob Zumas und seiner Vereidigung zu seinem zweiten Mandat als Präsident Südafrikas am 24. Mai dürfte damit der Weg geebnet sein.

Bei den zeitgleich stattgefundenen Wahlen zu den Parlamenten in den neun Provinzen konnte der ANC bis auf die Provinz Westkap überall die Mehrheit erringen. Der ANC verlor in der wirtschaftsstärksten Provinz Gauteng, in der sich auch die Hauptstadt Pretoria und mit Johannesburg auch die größte Stadt des Landes befindet, im Vergleich zu den Provinzwahlen 2009 mehr als zehn Prozentpunkte und kam auf nur noch 53,6 Prozent der Stimmen. In den sieben anderen Provinzen konnte der ANC sehr hohe Wahlsiege erzielen.

Als Gewinner der Wahl kann auch die stärkste Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA) unter der Führung von Helen Zille gewertet werden. Die DA verbesserte ihr Ergebnis von 16,7 auf 22,2 Prozent und wird mit 89 Sitzen in das neue Parlament ziehen (2009: 67). Darüber hinaus konnte die DA in der Provinz Westkap die 2009 erlangte, knappe Mehrheit nicht nur verteidigen, sondern sehr deutlich ausbauen.

Erfolgreich war ebenso die erst im vergangenen Jahr gegründete Partei Economic Freedom Fighters (EFF) unter der Führung des früheren Vorsitzenden der ANC-Jugendorganisation Julius Malema. Mit 6,35 % der Stimmen und 25 Sitzen im Parlament wird die Partei aus dem Stand drittstärkste Kraft. In den Provinzen Limpopo und Nordwest wurde EFF auf Anhieb die stärkste Oppositionspartei.

Tabelle 1. Ergebnisse der Allgemeinen Parlamentswahlen 2009 und 2014

SÜDAFRIKA

HOLGER DIX

12. Mai 2014

www.kas.de/suedafrika/

Partei	Wahlen 2009 ¹		Wahlen 2014 ²		Differenz
	Stimmenanteil	Sitze	Stimmenanteil	Sitze	
African National Congress (ANC)	65,90%	264	62,15%	249	-3,53
Democratic Alliance (DA)	16,66%	67	22,23%	89	5,37
Economic Freedom Fighters (EFF)	/	/	6,35%	25	6,23
Congress of the People (COPE)	7,42%	30	0,67%	3	-6,74
Inkatha Freedom Party (IFP)	4,55%	18	2,40%	10	-2,13
Independent Democrats (ID)	0,92%	4	/	0	-0,92
United Democratic Movement (UDM)	0,85%	4	1,00%	4	0,18
Freedom Front Plus (VF+)	0,85%	4	0,90%	4	0,07
United Christian Democratic Party (UCDP)	0,37%	2	0,12%	0	-0,25
Pan African Congress (PAC)	0,27%	1	0,21%	1	-0,27
Minority Front (MF)	0,25%	1	0,12%	0	-0,13
Azanian People's Organisation (AZAPO)	0,22%	1	0,11%	0	-0,11
African People's Convention (APC)	0,20%	1	0,17%	1	-0,03
National Freedom Party (NFP)	/	/	1,57%	6	1,59
African Christian Democratic Party (ACDP)	0,81%	3	0,57%	3	0,24
African Independent Congress (AIC)	/	0	0,53%	3	0,53
Agang SA	/	0	0,28%	2	0,28

Kleine Parteien mit großen Problemen

Das Wahlsystem des Landes, ein Verhältniswahlrecht ohne Wahlhürde, führt dazu, dass auch kleinere Parteien gute Chancen haben, ins nationale Parlament einzuziehen. Für einen Sitz im Parlament reichten bei diesen Wahlen 0,21 Prozent der Stimmen (knapp 38.000 Stimmen) aus. Allerdings verlief die Wahl für die kleineren Parteien enttäuschend. Sie verloren insgesamt an Bedeutung.

Die Partei Congress of the People (COPE), im Jahr 2009 entstanden aus einer Gruppe von ANC Dissidenten, stürzte aus großer Höhe regelrecht ab und erhielt weniger als ein Prozent der Stimmen und nur noch drei Sitze im Nationalparlament (2009: 30). Auch die Inkatha Freedom Party (IFP) verlor weiter an Unterstützung und erreichte nur noch 2,4 Prozent der Stimmen (2009: 4,6 Prozent). Selbst in der früheren Wahlhochburg der Partei in der Provinz KwaZulu-Natal konnte die IFP nur noch in zwei Gemeinden eine Mehrheit erreichen und

¹ Electoral Commission of South Africa: 2009 Election report.
<http://www.elections.org.za/content/WorkArea/linkit.aspx?LinkIdentifier=id&ItemID=1287>
 (05.05.14), S. 104.

² Electoral Commission of South Africa: 2014. National and provincial elections. Results.
<http://www.elections.org.za/resultsNPE2014/> (12.05.14).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

HOLGER DIX

12. Mai 2014

www.kas.de/suedafrika/

landete mit 11,5 Prozent der Stimmen hinter dem ANC und der DA auf dem dritten Rang. Die Ära von Parteiführer Mangosuthu Buthelezi dürfte damit ihrem Ende zugehen und es wird sich entscheiden, ob die Partei ohne ihn weiterbestehen wird.

Bemerkenswert war das Wahlergebnis der im Jahr 2014 mit viel medialem Aufsehen entstandenen Partei Agang SA. Die Parteivorsitzende Mamphela Ramphele konnte ihre Popularität als ehemalige Mitstreiterin der Black Consciousness Bewegung – und Partnerin von Steve Biko –, ehemalige Weltbankdirektorin und Rektorin der Universität Kapstadt sowie die finanzielle Unterstützung durch südafrikanische Unternehmer wie der Oppenheimer Familie nicht für das angepeilte Wahlergebnis von zwischen fünf und zehn Prozent nutzen. Mit nur 0,28 Prozent der Stimmen und zwei Sitzen im Parlament platzte die Hoffnung Rampheles auf einen Blitzstart.

Tabelle 2. Stärkste Parteien in den Provinzwahlen 2009 und 2014

Provinz	Wahlen 2009 ³	Wahlen 2014 ⁴
Eastern Cape	ANC (68,20%) COPE (13,67%) DA (9,99%)	ANC (70,09%) DA (16,20%) UDM (6,16%)
Free State	ANC (71,10%) COPE (11,61%) DA (11,6%)	ANC (69,85%) DA (16,23%) EFF (8,15%)
Gauteng	ANC (64,04%) DA (21,66%) COPE (7,78%)	ANC (53,59%) DA (30,78%) EFF (10,30%)
KwaZulu-Natal	ANC (62,95%) IFP (22,40%) DA (9,15%)	ANC (64,52%) DA (12,76%) IFP (10,86%)
Limpopo	ANC (84,88%) COPE (7,53%) DA (3,48%)	ANC (78,60%) EFF (10,74%) DA (6,48%)
Mpumalanga	ANC (85,55%) DA (7,49%) COPE (2,91%)	ANC (78,23%) DA (10,40%) EFF (6,26%)
North West	ANC (72,89%) COPE (8,33%) DA (8,15%)	ANC (67,39%) EFF (13,21%) DA (12,73%)
Northern Cape	ANC (60,75%), COPE (16,67%), DA (12,57%)	ANC (64,40%) DA (23,89%) EFF (4,96%)
Western Cape	DA (51,46), ANC (31,55%), COPE (7,74%)	DA (59,38%) ANC (32,89%) EFF (2,11%)

³ Electoral Commission of South Africa: 2009 Election report.
<http://www.elections.org.za/content/WorkArea/linkit.aspx?LinkIdentifier=id&ItemID=1287>
(05.05.14), S. 104.

⁴ Electoral Commission of South Africa: 2014. National and provincial elections. Results.
<http://www.elections.org.za/resultsNPE2014/> (12.05.14).

SÜDAFRIKA

HOLGER DIX

12. Mai 2014

www.kas.de/suedafrika/

Die südafrikanischen Wähler haben in großer Zahl an den Wahlen teilgenommen und damit ihre Unterstützung für die Demokratie des Landes gezeigt. Selbst mehrere Stunden Wartezeit vor der Stimmabgabe hielt die Menschen nicht davon ab, zu wählen. Die Atmosphäre in den Wahlbüros zeigte sehr deutlich, dass die Wähler damit nicht nur einer Bürgerpflicht folgen, sondern die Teilnahme an den Wahlen als ein Recht begreifen, für das man in Südafrika lange kämpfen musste. Um an den Wahlen teilzunehmen, musste man sich an wenigen dafür vorgesehenen Tagen registrieren lassen, es sei denn, man war bereits zu früheren Wahlen eingeschrieben.

Der Anteil registrierter Wähler (80 Prozent, 25,4 Mio. Wähler) lag unter dem der Wahlen von 2009 (84 Prozent). Von den registrierten Wählern gingen 18,7 Mio. tatsächlich wählen (73 Prozent). Die Wahlbeteiligung gemessen an der Bevölkerung im Wahlalter betrug damit knapp 60 Prozent. Diese Wahlbeteiligung lässt auf eine erfolgreiche Mobilisierung von Wählern nach dem Ende der Registrierungsphase deuten. Enttäuschend war die Wahlbeteiligung junger Menschen, insbesondere der zum ersten Mal wahlberechtigten Südafrikaner, die nach Ende der Apartheid geboren und politisch sozialisiert wurden. Von diesen hatte sich nur etwa ein Drittel als Wähler registrieren lassen. Oppositionsparteien hatten sich von diesen als „born free“ bezeichneten Jungwählern Unterstützung erhofft, weil für diese die Bedeutung des regierenden ANC als Befreier des Landes von der Apartheid weniger bedeutend für die Stimmabgabe war, als für die ältere Bevölkerung, die das vormalige Regime selbst noch erlebt und darunter gelitten hatte.

Der Aufruf von einer Gruppe früher führender ANC-Mitglieder, aus Protest gegen die jetzige Regierung die Stimmen ungültig zu machen, führte nicht zum Erfolg. Die Zahl der ungültigen Stimmen blieb auf dem Niveau der Wahlen im Jahr 2009. Bemerkenswert ist allerdings, dass acht der 13 ins nationale Parlament einziehenden Parteien weniger Stimmen als die Zahl der ungültigen Stimmen bekamen (252.000 Stimmen, 1,3 Prozent).

Teilweise defizitäres Demokratieverständnis

Die Parlamentswahlen waren insgesamt frei und fair, haben aber auch Einblicke in den Stand der Demokratieentwicklung des Landes erlaubt, die auf weiterhin bestehende Defizite hindeuten. Dazu zählen Bemühungen regierungsnaher Kräfte, Einfluss auf die Wahlberichterstattung der öffentlichen Medien zu erhalten. Die Mehrzahl der privaten Printmedien schlugen einen explizit regierungskritischen Kurs ein, der bei der Wochenzeitung Mail and Guardian sogar zur Empfehlung der Redaktion wenige Tage vor den Wahlen führte, nicht den ANC zu wählen, um dessen Macht zu schwächen⁵. Im Wahlkampf warnten Regierungsvertreter öffentlich davor, die Opposition zu wählen, weil man sonst seine Sozialhilfe verlieren würde oder – wie der amtierende Staatspräsident sagte – sich die Ähnen gegen solche Wähler richten würden.

Undemokratische Wahlbeeinflussung wie Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gegen politische Gegner, das Versperren von Veranstaltungsräumen für Parteiveranstaltungen, Wahlgeschenke in Form von Nahrungsmitteln und Decken sowie der Ausschluss von Anhängern der Opposition von der Vergabe von Jobs, Verträgen und Dienstleistungen gehören auch weiterhin zur politischen Kultur des Landes. Sehr riskant in einem Land wie Südafrika waren Versuche ethnische Stimmung zu erzeugen, um Wähler zu mobilisieren. So empfahl der stellvertretende Vorsitzende des ANC, Cyril Ramaphosa, unbedingt zur Wahl zu gehen, weil sonst die Buren zurückkämen.

⁵ Vote tactically to dilute ANC power, Mail and Guardian vom 2.5.2014, S. 26.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

HOLGER DIX

12. Mai 2014

www.kas.de/suedafrika/

Solche Einschüchterungsversuche der politischen Gegner und in einigen Fällen auch widerrechtliche Versuche der Einflussnahme auf die Medienberichterstattung hielten bis zum letzten Tag des Wahlkampfes an. So wurde in Soweto am Sonntag vor der Wahl ein Bus der Oppositionspartei DA von ANC-Anhängern mit Steinen beworfen und Insassen verletzt. Einem Fernsehreporter, der Fotos von einem ANC-Wahlkampf-Shirts transportierenden Polizeifahrzeug machte, wurde von einem Personenschützer des Staatspräsidenten das Telefon entrissen und die Fotos wurden gelöscht.⁶

Am Tag der Wahl selbst kam es zu einigen Problemen, wie der späten Öffnung von Wahlbüros und nicht erlaubten Canvassing-Aktivitäten von politischen Parteien. Zu den Wahlen wurden internationale Wahlbeobachter der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaften des Südlichen Afrika SADEC und des Commonwealth eingesetzt. Ebenso wurden lokale Wahlbeobachter zugelassen, wobei ein flächendeckender Einsatz von Wahlbeobachtern nicht möglich und wohl auch nicht intendiert war, denn zahlreiche Anträge von lokalen Organisationen und vor allem auch von Botschaften auf Zulassung als Wahlbeobachter wurden abgelehnt.

Wahlkampfmaschine ANC

Der Wahlkampf zeigte die deutlich besseren finanziellen Möglichkeiten des ANC, der allein durch die öffentliche Parteienfinanzierung für das Haushaltsjahr 2012-2013 mit knapp 68 Mio. Rand über das Vierfache der Mittel verfügt, die der zweitstärksten Partei, der DA, zur Verfügung standen (ca. 18 Mio. Rand). Da die private Parteienfinanzierung in Südafrika nicht transparent erfolgt, kann man nur vermuten, dass der ANC auch hier einen deutlichen Vorsprung hatte und diesen für seinen Wahlkampf sichtbar nutzte.

Die Regierungskoalition zog im Wahlkampf alle Register politischer Strategie und Taktik. Mitentscheidend für den Wahlerfolg war die Ausrichtung des Wahlkampfes auf die historischen Verdienste der Partei und das 20-jährige Jubiläum der Überwindung der Apartheid, durch die erfolgreich von aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Problemen abgelenkt wurde. Der Tod Nelson Mandelas im Dezember 2013 und die Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum des neuen Südafrika im April wurden ausführlich genutzt, um den Wählern die historischen Verdienste der Regierungspartei ins Gedächtnis zu rufen. Es gelang dem ANC dabei, Stimmen zu übertönen, welche die historischen Leistungen des ANC bei der Befreiung Südafrikas von der Apartheid zu relativieren suchten. Noch am Sonntag vor der Wahl wurde in einer Zeremonie in KwaZulu-Natal eine Umbettung von ANC-Helden in Szene gesetzt, die 1993 und 1994 Opfer politischer Morde geworden waren.

Trends und offene Fragen

Mit dem Wahlergebnis von deutlich über 60 Prozent der abgegebenen Stimmen und den bis auf Westkap und Gauteng überwältigenden Wahlergebnissen in den Provinzen hat sich Staatspräsident Zuma im Rennen um die Führung der Partei Luft verschafft. Er wird am 21. Mai im Nationalparlament in sein zweites und nach der Verfassung letztes Mandat als Staatspräsidenten gewählt und wird das Wahlergebnis nutzen wollen, um viele parteiinterne Kritiker im Zaum zu halten. Der südafrikanische Wähler hat die vielen bestehenden Anschuldigungen gegen Zuma, insbesondere die Affäre um sein aus Steuermitteln modernisiertes Anwesen in Nkandla, politisch nicht sanktioniert. Nach den Wahlen wird sich Zuma diesen Anschuldigungen rechtlich stellen müssen und man kann davon ausgehen, dass der südafrikanische Rechtsstaat weniger verständnisvoll damit umgehen wird, als der Wähler. Ob er der erste Präsident Südafrikas nach 1994 sein wird, der zwei volle Mandate erfüllt, ist

⁶ Cop erases photos of ANC T-Shirt handout, in Sunday Times vom 27.4.2014, S. 1.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

HOLGER DIX

12. Mai 2014

www.kas.de/suedafrika/

auch deshalb ungewiss. Die vor der Wahl erkennbare ANC-Parteiraison mit dem Ziel, den Präsidenten vor Kritik zu schützen, um der Partei nicht zu schaden, dürfte jetzt wegfallen. Schon werden parteiinterne Stimmen laut, wonach der ANC die Wahlen nicht wegen Zuma, sondern trotz Zuma gewonnen habe.

Das Parteiensystem des Landes hat sich mit diesen Wahlen weiter verändert. Der Trend weg von einer Einparteiendominanz und hin zu einem System mit zwei starken Parteien hat sich durch die Zugewinne der DA bestätigt. Mit Ausnahme der neu entstandenen EFF waren die Wahlen für die kleineren Parteien verheerend. Die öffentliche Parteienfinanzierung, wonach 90 Prozent der Förderung proportional zur Zahl der Sitze im Nationalen Parlament und in den Provinzparlamenten sowie 10 Prozent gleichmäßig an alle in Parlamenten vertretene Parteien gehen, wird diese Entwicklung noch verstärken.

Im neuen Parlament verfügen sechs Parteien über nur drei oder weniger Sitze. Demokratiepolitisch wird nun eine Diskussion erfolgen müssen, welche die Vorteile einer möglichst inklusiven Repräsentation im Parlament mit den Folgen einer zersplitterten Parteienlandschaft im Parlament und einer damit einhergehenden begrenzten Funktionalität von Teilen der Legislative abgleicht.

Die Regierungskoalition aus ANC, SACP und COSATU geht zwar als Sieger, im Zusammenhalt aber geschwächt aus den Wahlen hervor. Die Zerwürfnisse im Gewerkschaftsverband wurden aus wahltaktischen Gründen nur teilweise und nur sehr dürtig gekittet und werden nach den Wahlen erneut aufbrechen. Schon jetzt rechnet man in Südafrika mit dem Entstehen einer neuen politischen Kraft links vom ANC und der jetzigen Regierung, die sich den versprengten Truppen des Gewerkschaftsverbandes annehmen oder aus ihnen heraus entstehen wird. 20 Jahre nach dem politischen Wechsel des Landes wird immer deutlicher, dass diese Regierungskoalition zu viele unterschiedliche politische Interessen und Orientierungen hat, um die im Nationalen Entwicklungsplan selbst gesetzten Ziele zu erreichen.